

Informationsfreiheit für Bayern

Bündnis für mehr Transparenz

ifg-bayern@mehr-demokratie.de
www.informationsfreiheit.org

Newsletter des Bündnisses für Informationsfreiheit in Bayern 2/06

Inhalt:

- 1) Neue Gesetze für Informationsfreiheit in anderen Bundesländern beschlossen
- 2) VGH bestätigt Rechtmäßigkeit eines Transparenzanspruches
- 3) Aktuelles von der Suche nach fortschrittlichen Gemeinden
- 4) Gesellschaft für Informationsfreiheit gegründet
- 5) Tacheles gewinnt Rechtsstreit um Veröffentlichung von internen Dienstanweisungen

+++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++

- 1) Neue Gesetze beschlossen, weitere beraten

Saarbrücken, den 12. Juli 2006

In der 2. Lesung nimmt der Landtag des Saarlandes den Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz der Regierung an. Das Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 27. Juni 2006

In der 2. Lesung nimmt der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns den Gesetzentwurf der SPD und Linkspartei.PDS für ein Informationsfreiheitsgesetz an. Das Gesetz tritt mit Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft.

Bremen, den 11. Mai 2006

Die Bremische Bürgerschaft nimmt in 2. Lesung das Bremer Informationsfreiheitsgesetz in der Fassung der CDU und SPD an. In Kraft treten soll das Gesetz ab August 2006.

Hamburg, den 21. April 2006

Der Hamburger Senat lehnt in der 2. Lesung den Gesetzentwurf der GAL-Fraktion ab und nimmt den Gesetzentwurf in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung mit Regierungsmehrheit gegen die Stimmen der Opposition an. Damit ist das Informationsfreiheitsgesetz der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossen und tritt mit Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft. (GVBl 18 S.167)

Weitergehende Informationen zu allen Bundesländern erhalten sie auch stets unter

<http://www.informationsfreiheit.org> in der Rubik "Rechtliche Lage".

+++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++

- 2) Urteil des Verwaltungsgerichtshof zur Transparenz in

**Diese Initiative wird u.a.
getragen von:**

Mehr Demokratie e.V.
Transparency International
(TI) Deutschland e.V.
Humanistische Union e.V.
LV Bayern
Arbeitsgemeinschaft selbst-
ständige Unternehmer
Bayerischer Journalisten
Verband (BJV)
Bund Naturschutz in
Bayern Bündnis 90 / Die
Grünen Bayern
Deutsche Journalistinnen-
und Journalistenunion
(DJU) in Bayern
FDP Bayern
Förderkreis IT- und
Medienwirtschaft e. V.
Netzwerk Recherche e. V.
Ökologisch-Demokratische
Partei (ödp) Bayern
Omnibus gGmbH
Piratenpartei Bayern

Kontakt über:

Mehr Demokratie e.V.
Jägerwirtstr. 3
81373 München
tel.: 089-8211774
fax: 089-8211176

kommunalen GmbHs

Passau, den 8. Mai 2006

Der Verwaltungsgerichtshof erklärt das von der ödp initiierte Bürgerbegehren "Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik" in Passau für zulässig. Das Bürgerbegehren richtete sich gegen die Geheimhaltungspflicht in kommunalen GmbHs und zielte darauf die Gesellschaftsverträge zu ändern. Im Detail soll die Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder beschränkt werden und den Medien alle Tagesordnungspunkte bereits vor der jeweiligen Aufsichtsratssitzung unter Angabe des Beratungsdatums mitgeteilt werden.

Der Transparenzantrag und das Urteil sind unter <http://www.informationsfreiheit.org> nachzulesen.

+++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++

3) Aktuelles von der Suche nach fortschrittlichen Gemeinden

In über 20 Gemeinden läuft derzeit ein Antrag auf eine Informationsfreiheitsatzung.

Den Entwurf können Sie in der Info-Broschüre unter <http://www.informationsfreiheit.org/1789.html> nachlesen.

Mauth, den 13. Juni 2006

Der Ortsverband der ödp beantragte für die Gemeinde Mauth (Niederbayern) eine Informationsfreiheits-Satzung. Diese Satzung wurde von Bürgermeister Gibis in den Gemeinderat eingebracht und am 26.5.2006 behandelt. Die von der Gemeinde beim bayrischen Innenministerium angefragte rechtliche Würdigung der Satzung wird derzeit von dem Bündnis für Informationsfreiheit geprüft und beantwortet.

München, den 29. Mai 2006

Der Verwaltungs- und Personalausschusses tagte zu der Entscheidung über eine Informationsfreiheits-Satzung. Ergebnis der Beratungen ist ein Prüfauftrag des Stadtrates und damit eine Vertagung der Entscheidung.

In der Beschlussfassung sind eine Stellungnahme des Referenten der Stadt München, der Beschluss des Ausschusses und der Änderungsantrag enthalten.

München, den 10. Mai 2006

Stellungnahme des Oberbürgermeisters Ude
OB Ude möchte die Entscheidung des Landtags über ein bayerisches IFG abwarten und die dann die kommunalen Spitzenverbände in den Entscheidungsvorschlag für den Stadtrat mit einbeziehen.

Neuigkeiten dazu erhalten sie auch stets unter <http://www.informationsfreiheit.org> in der Rubik "Rechtliche Lage"

+++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++

4) Gesellschaft für Informationsfreiheit gegründet

Berlin, den 31. Mai 2006

Ziel der Vereinigung ist es durch wissenschaftliche Forschung,

Beteiligung an öffentlichen Debatten und Förderung der Informationsfreiheit in Verwaltungs- und Rechtspraxis die Transparenz staatlichen Handelns zu verbessern. Herr Dr. Sven Berger (Referent der SPD-Bundestagsfraktion) wurde zum Vorstandsvorsitzenden und Caroline Welzel (Bertelsmannstiftung) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Weitere Informationen finden sie unter
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/73782>

+++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++ +++

5) Tacheles gewinnt Rechtsstreit um Veröffentlichung von internen Dienstanweisungen

Wuppertal, den 13. Juli 2006

Der Wuppertaler Erwerbslosenverein Tacheles e.V. hat einen Antrag auf Veröffentlichung interner Dienstanweisungen der Bundesagentur für Arbeit erfolgreich vor dem Düsseldorfer Sozialgericht durchgesetzt. Grundlage der Entscheidung war das Informationsfreiheitsgesetz.

Die Pressemitteilung von Tacheles e.V. können Sie unter
<http://www.tacheles-sozialhilfe.de> nachlesen.